

Am 7. 9. 1923, z. Z. der Konferenz von Locarno, die nach den Deklamationen der imperialistischen Diplomaten eine Ära des Friedens einleitete, schrieb Stresemann als Außenminister der Republik an den Kronprinzen einen Brief, in dem er ihm über die Ziele seiner Außenpolitik gewissermaßen Rechenschaft ablegte. Dieser Brief ist sehr aufschlußreich, wenn man das Wesen der Revanchepolitik des deutschen Imperialismus verstehen will. Stresemann verlangte:

„Einmal die Lösung der Reparationsfrage in einem für Deutschland erträglichen Sinne und die Sicherung des Friedens, die die Voraussetzung für eine Wiedererstarke Deutschlands ist.“

Im Denken deutscher Imperialisten, auch derjenigen, die sich europäisch gaben, ist die Sicherung des Friedens eben nur als Voraussetzung für das Wiedererstarken gerechtfertigt. Was danach kommt, wird von den Revancheforderungen bestimmt. Zunächst kommt ein verlogener Appell an das nationale Gefühl. Bei Stresemann lautete er so:

Zweitens rechne ich dazu den Schutz der Auslandsdeutschen, jener zehn bis zwölf Millionen Stammesgenossen, die jetzt unter fremdem Joch in fremden Ländern leben.“

Der „Schutz des Stammesgenossen“ vor dem fremden Joch in fremden Ländern war in der ganzen Zeit zwischen den Weltkriegen die Rechtfertigung für die Gebietsforderungen gegenüber den Nachbarländern Deutschlands. Dieser Hetze des deutschen Imperialismus, die von Verschwörungen, Unruhen und bewaffneten Aktionen, von den Machenschaften der verschiedenen Landsmannschaften begleitet war, ist es nicht zuletzt zu verdanken, daß diese zehn bis zwölf Millionen „deutscher Stammesgenossen“ nach dem zweiten Weltkrieg durch die Ausweisung „vom fremden Joch in fremden Ländern“ befreit wurden. Die deutschen Imperialisten wollten es nicht anders. Heute aber schreien dieselben Revanchisten nach dem angeblichen Heimatrecht der Aussiedler in eben diesen fremden Ländern. Ob die Hetze damals unter dem Stichwort „fremdes Joch in fremden Ländern“ oder heute unter dem Stichwort „Heimatrecht“ betrieben wurde oder wird, in beiden Fällen diente sie nur der Rechtfertigung von Eroberungsforderungen gegen andere Länder. Bei Stresemann lautete das so:

„Die dritte große Aufgabe ist die Korrektur der Ostgrenze, die Wiedererlangung Danzigs, des polnischen Korridors und eine Korrektur der Grenze in Oberschlesien.“

Die Gefahr ist heute nicht weniger ernst, sie ist erster

Nehmen Sie das alles zusammen, so haben Sie in dem außenpolitischen Programm des „großen Europäers“ Gustav Stresemann bereits 1923 ein Programm des deutschen Revanchismus, dessen Grundelemente Sie sowohl bei Hitler als auch bei den heutigen clerikal-militaristischen Revanchisten in Westdeutschland wiederfinden. Trotzdem scheint manchen harmlosen Gemütern der Revanchismus in Westdeutschland nicht so gefährlich, zumal die Sozialdemokraten an ihm beteiligt sind. Auch das war schon einmal da und hätte die fürchterlichsten Folgen. In einer politischen Biographie Gustav Stresemanns, die 1937 in Hannover erschien, schrieb eine bürgerliche Historikerin, Frau Anneliese Thüme:

„Das Ziel für die deutsche Außenpolitik war für alle Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalisten, das gleiche. Es hieß: Revision bis zur Annulierung des Versailler Vertrages, auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes Rückgewinnung der alten deutschen Gebiete und Anschluß Österreichs an Deutschland als das mächtigere war als das vor 1914, zwar nicht mehr oder noch nicht das größte Deutschland, aber doch wenigstens „Groß-Deutschland“.“

Genau wie mancher westdeutsche Politiker heute, so versicherte damals Stresemann, er wolle keine gewaltsame Änderung der Ostgrenze, aber er wolle Revanche, wollte ein Groß-Deutschland, zu dem es seines anderen Weg als den des Krieges gab, und es gibt ihn auch heute nicht. Die Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalisten und Nazis in den Fragen des Revanchismus hat die Katastrophe des zweiten Weltkrieges vorbereitet.

Die Gefahr ist heute nicht weniger ernst, sondern sie ist erster. Zu Stresemanns Zeiten gab es noch keine allgemeine Wehrpflicht, gab es noch keine offenen Kriegsvereinigungen. In Westdeutschland gibt es heute die allgemeine Wehrpflicht, und was noch schlimmer ist, es gibt die Aufrüstung Hitlers Jahr 1935, als er direkt auf den Krieg zuströmte, ist in Westdeutschland Adenauers schon überschritten. Man muß dem Revanchismus heute Einhalt gebieten, wenn man unser deutsches Volk vor der Katastrophe eines dritten imperialistischen Krieges um Großdeutschland bewahren will. So ernst ist heute die Lage! Darum ist der Abschluß eines Friedensvertrages unumkehrbar. Darum muß man heute, und nicht in einer unbestimmten Zukunft, dem Revanchismus mit seinen aggressiven Eroberungsplänen einen Riegel vorschoben.

Wie Hitler im Maße seiner zunehmenden militärischen Rüstung seine Revancheforderungen erweiterte, so gehen auch die westdeutschen Revanchisten mit zunehmender Rüstung von Jahr zu Jahr weiter. Vor einigen Jahren behaupteten sie noch, sie wollten ja nur die Grenzen von 1937 wieder herstellen, heute aber geben sie schon weit darüber hinaus, verlangen das Sudetengebiet, das Memelgebiet und andere Gebiete, die nie zur Weimarer Republik gehörten. Der CDU-Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Herr von Hassel, erklärte auf einem der vielen Revanchistentreffen am 11. Juni 1961:

„Unsere Gebietsforderungen gehen bis weit über die Oder-Neiße-Linie. Wir wollen die alten deutschen Herrschaftsgebiete wiederhaben.“

Was Hitler mit der Lösung des Selbstbestimmungsrechtes gegenüber Österreich praktizierte, das möchten die Adenauer, Strauß und Brandt heute gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik praktizieren. So wie die Annexion Österreichs war das Vorgehen bei der Annexion der Tschechoslowakei und den Krieg gegen Polen war, so schwebt den westdeutschen Revanchisten auch ein Aktionsprogramm vor, nach dem sie zunächst die DDR okkupieren möchten, um dann gegen Deutschlands

östliche Nachbarn die Revancheforderungen mit militärischer Gewalt zu realisieren. Im offiziellen „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung“ erschien am 8. April 1961 eine Abhandlung über Selbstbestimmungsrecht. Darin werden wir belehrt, die Bonner Regierung hätte den Wunsch des deutschen Volkes nach Überwindung der Spaltung viel zu lange mit dem Begriff „Wiedervereinigung“ umschrieben. Bonn ist also gegen die Wiedervereinigung. Stattdessen spricht es jetzt von Selbstbestimmungsrecht, wie die westdeutschen Revanchisten es verstehen. Sie verfahren ganz nach Hitlers Rezept, wenn sie in dieser Abhandlung verkünden:

„Es geht dabei ja nicht nur um das gespaltene Deutschland. Es geht um ganz Ost- und Mitteleuropa, um alle in dem Satelliten-Status gezwungenen Völker, um die Einberührung von 100 Millionen Menschen...“

Adenauer hat das gleiche schon offener gesagt, als er die Wiederherstellung des Kapitalismus in allen euro-



Aus dem Vortrag von Otto Winzer im Marxistischen Kolloquium

Geschichte und westdeutsche Gegenwart gebieten Friedensvertrag!

päischen sozialistischen Ländern fordernde. Das Programm der Wiederherstellung des Kapitalismus in ganz Ost- und Mitteleuropa unter der Vorherrschaft der deutschen Imperialisten aber ist das Programm Hitlers, ist das imperialistische Programm des „Dranges nach Osten“, das dem deutschen Volk schon unendliche Blutopfer gekostet hat. Diese Gefahr droht mit der beschleunigten Aufrüstung Westdeutschlands in zunehmendem Maße. Es ist höchste Zeit, ihr Einhalt zu gebieten und auf einer Friedenskonferenz dem revanchistischen Spuk durch den Abschluß eines Friedensvertrages ein Ende zu machen. Finden sich die Regierungen der Westmächte und die Bonner Regierung dazu nicht bereit, so werden die anderen Staaten der Antihitler-Koalition den Friedensvertrag mit der DDR schließen und damit die DDR in die Lage versetzen, ihre Rolle als Bollwerk gegen jeden Revanchekrieg noch wesentlich besser und erfolgreicher zu erfüllen.

Die nationalistiche und chauvinistische Revanchehetze ist ein notwendiger Bestandteil der antinationalen Kriegspolitik der Bonner Regierung. Die Bonner Regierung ist ein Feind des deutschen Nationalstaates, ein Feind der echten nationalen Interessen des deutschen Volkes. Im Bonner „Bulletin“ war neben der Abhandlung über das Selbstbestimmungsrecht folgendes zu lesen:

„Die Politik der Bundesregierung... geht demgegenüber von der Überzeugung aus, daß das Zeitalter der Nationalstaaten abgesehen ist und nicht mehr zum Leben erweckt werden kann.“

Oder weiter:

„Der Versuch, auf dem Umweg über die europäische Zusammenarbeit des deutschen Nationalstaats aller Observanz wiederherzustellen, ist der Politik der Bundesregierung entgegengesetzt.“

Die Bonner Regierung ist also gegen den deutschen Nationalstaat. Sie ist für die sogenannte atlantische Gemeinschaft, das heißt für einen solchen Ausbau der NATO, daß die Völker in ihr die Nationalstaatlichkeit verlieren. Natürlich haben die deutschen Finanz- und Konzernherren keine selbstniederdrückenden Absichten. In der sogenannten europäischen Wirtschaftsgemeinschaft haben sie schon heute das Übergewicht auf wirtschaftlichem Gebiet. Mit der weiteren Integration aller militärischen Kräfte in die NATO wollen sie auch auf militärischem Gebiet das Übergewicht gewinnen. Auf Wirtschaft und Militär gestützt, hoffen sie, mit Hilfe und Duldung der USA die Vorherrschaft in Europa zu gewinnen, die bereits Hitler mit seiner Neuordnung Europas erreichen wollte.

Friedensvertrag — wichtiger Schritt zu einem neutralen Deutschland

Der Versuch der Bonner Militaristen, in der NATO die militärische Vorherrschaft zu gewinnen, verläuft in zweifacher Richtung, sie wollen sowohl Atomrüstung als auch die zahllose Überlegenheit über ihre NATO-Verbündeten. Unlangst führte der Kriegsminister Strauß den Kriegsverbrecher Friedrich Porzich als Generalinspekteur der Bundeswehr ein. Beide Flossen bei dieser Gelegenheit Reden, die im offiziellen „Bulletin“ veröffentlicht wurden. Kriegsminister Strauß sprach über das sogenannte Planungsdokument MC 70, das die Aufstellung und Ausrüstung der NATO-Truppen betrifft. Er forderte für die westdeutsche Wehrmacht die volle Ausrüstung mit Atomwaffen.

„Arbeitsstellung heißt nicht“, sagte er, „daß die Streitkräfte des einen Verbündeten anders bewaffnet und ausgerüstet sind als die Streitkräfte eines anderen Verbündeten... d. h. in concreto, daß die deutschen Heeres-, Luftwaffen- und Marineverbände genauso ausgerüstet und bewaffnet sind wie die Verbände der Bundesgenossen der Briten, Amerikaner, Belier oder Holländer...“

Arbeitsstellung heißt nicht, daß ein Teil der Streitkräfte, der von einer bestimmten Nation gestellt wird, ausschließlich mit konventionellen Waffen ausgerüstet wird und ein anderer dafür ausschließlich oder überwiegend mit atomaren Waffen.“

Mit anderen Worten, Strauß verlangt für die Bundeswehr dieselbe Ausrüstung mit Raketen und Kernwaffen, wie sie die amerikanische Armee hat.

In einer Studentenversammlung in Würzburg bezeichnete Adenauer die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen als absolut notwendig.

„Nie würde ich die Verantwortung übernehmen“, sagte er, „die Bundeswehr eines Tages

im Ernstfall ohne entsprechende Bewaffnung einem hochgerüsteten Gegner gegenüberstellen. Ich will keinen Krieg, ich bin für die Abrüstung.“

Das ist durchaus keine neue Melodie. Auch das war schon einmal da. In der Proklamation zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht erklärte Hitler:

„In dieser Stunde erneuert die deutsche Regierung vor dem deutschen Volk und vor der ganzen Welt die Versicherung ihrer Entschlossenheit, über die Wahrung der deutschen Ehre und der Freiheit des Reiches nie hinauszugehen und insbesondere in der nationalen deutschen Aufrüstung kein Instrument kriegerischer Angriffe als vielmehr ausschließlich der Verteidigung und damit der Erhaltung des Friedens bilden zu wollen.“

So begann es damals, und wie es endete, ist allen bekannt. Und damit es nicht wieder so gehe, damit nicht ein neuer Krieg, damit vor allem nicht das Grauen eines Atomkrieges über Deutschland kommen, darum ist es die nationale Aufgabe unserer Zeit, dem deutschen Volke den Frieden

würde, äußerte Otto Winzer u. a., daß dieser sogenannte Friedensvertrags-Ersatz die Überreste des zweiten Weltkrieges konservierte, eine enorme Vertiefung der Spaltung Deutschlands brachte, die Macht der Militaristen wiederherstellte und die Entwicklung Westdeutschlands zum Hauptort der Kriegsjahre in Europa machte.

Otto Winzer fuhr fort: Ein wirklicher Friedensvertrag, so wie ihn im Frühjahr desselben Jahres 1952 die Sowjetregierung mit ihrem Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland vorschlug, hätte selbstverständlich eine solche gefährliche Entwicklung unmöglich gemacht. Die neuen Vorschläge der Sowjetregierung für den Friedensschluß mit Deutschland strafen ebenfalls Garantien, daß dem deutschen Imperialismus seine aggressive Revanchepolitik unmöglich gemacht wird.

Otto Winzer hob hervor, daß es in der neuen Phase des Kampfes um den Friede-

zensvertrag nicht um den Abschluß eines Vertrages zwischen einem Teil der Mächte der Antihitlerkoalition mit der DDR gehe, sondern um die Einberufung einer Friedenskonferenz, auf der mit beiden deutschen Staaten ein Friedensvertrag geschlossen wird, und darum, daß sich beide deutschen Staaten über die Fragen einigen, die eine Friedensregelung und die Wiedervereinigung betreffen.

Auf das Argument eingehend, solche Verhandlungen müßten auf Grund der unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen ergebnislos verlaufen, erklärte er:

Aber auch dieses Argument sticht nicht. Beim Friedensvertrag geht es nicht um die Gesellschaftsordnung, es geht nicht um die Abschaffung der Kapitalismus in der Bundesrepublik, aber selbstverständlich auch nicht um die Abschaffung der sozialistischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik. Es geht um die Sicherung des Friedens in ganz Deutschland. Sie ist möglich, wenn zwischen beiden deutschen Staaten eine Verständigung auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz erfolgt.

Wir denken nicht daran, uns zu isolieren

Heer Adenauer fürchtet insbesondere, daß der Friedensvertrag dem deutschen Militarismus Schranken setzt. Er wendet sich gegen das sowjetische Memorandum über die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Regelung des Westberliner Problems, weil in ihm, wie er behauptet, immer wieder gesagt wird, was damals beim Ausgang des Krieges mit unseren Verbündeten gegen uns vereinbart worden sei, müsse jetzt durchgeführt werden, dann werde wieder Frieden in der Welt sein.“ Wenn Worte einen Sinn haben, so gibt Adenauer mit dieser Polemik gegen das sowjetische Memorandum zu, daß die Abrüstung und Entmilitarisierung in Westdeutschland nicht durchgeführt werden. Die Grundprinzipien der alliierten Vereinbarungen richteten sich gegen die Fortdauer des Nazismus und gegen den Militarismus. Sie lagen also im Interesse des ganzen deutschen Volkes.

Adenauer hat mit seiner Feststellung, daß in Westdeutschland nichts durchgeführt wurde, was beim Ausgang des Krieges unter den Alliierten vereinbart wurde, auch der ganzen westlichen Argumentation hinsichtlich Westberlins den Boden entzogen. Die Westmächte befehligen, in Westberlin Sonderrichtungen zu haben, die Art ein Abkommen vom 12. September 1944 zurückgehen. Dieses Protokoll regelte die Verteilung der Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Großberlin. In seiner Einleitung wird gesagt, daß die Vertreter der UdSSR, der USA und des Vereinigten Königreiches von Großbritannien hinsichtlich der Erfüllung des Artikels 11 des Dokumentes über die bedingungslose Kapitulation zu dem Über-

Um die Lebensfragen der deutschen Nation ging es in den Gesprächen, die nach jedem Auftritt von „Rot der Spötter“ in Marburg zwischen Leipziger und Marburger Studenten geführt wurden.

ein kommen über die Besatzungszonen und die Verwaltung Großberlins gelangt sind. Es gab aber keine bedingungslose Kapitulation für Großberlin, genauso wenig wie es eine bedingungslose Kapitulation etwa für die damalige amerikanische oder sowjetische Besatzungszone gab. Das Dokument über die bedingungslose Kapitulation galt also für Deutschland, und sein Artikel 12 verpflichtete die UdSSR, die USA und Großbritannien, solche Maßnahmen zu treffen, einschließlich der völligen Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, die für den künftigen Frieden notwendig sind. Diese Verpflichtung haben die Westmächte großlich verletzt, wie die Wiedereinführung der Wehrpflicht, die Atomaufrüstung und die militaristische und revanchistische Aufmarsch in Westdeutschland beweisen. Sie haben sich damit die völkerrechtliche Grundlage für ihre Anwesenheit in Westberlin und die Ansprüche, die sie in diesem Zusammenhang gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik erheben, selbst entzogen. Das ist gewissermaßen die völkerrechtliche Sachlage.

Wir wollen den Frieden für unser Volk und den Frieden Europas sichern. Darum wollen wir einen Friedensvertrag mit Deutschland, das heißt mit beiden deutschen Staaten. Wir werden ihn aber auch, falls Bonn und die Westmächte einen einheitlichen deutschen Friedensvertrag ablehnen, allein abschließen. Alle Überreste des zweiten Weltkrieges werden dann verschwinden. Soweit andere Staaten unsere Straßen, unsere Eisenbahn, unsere Wasserwege und unseren Luftraum benutzen wollen, werden sie dann wohl oder übel über kurz oder lang mit der Deutschen Demokratischen Republik Verträge abschließen müssen. Wir denken gar nicht daran, uns zu isolieren. Wir sind bereit, den Verkehr, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen unserer Republik und allen anderen Staaten, natürlich auch Westdeutschland, möglichst zu entwickeln.

Die Deutsche Demokratische Republik ist der erste deutsche Friedensstaat. Sie läßt sich in ihren Beziehungen zu allen Staaten von den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz und von dem Bestreben leiten, die Freundschaft zwischen den Völkern zu entwickeln. Wir sind gewiß, daß diese Politik des Friedens und der Freundschaft über die Politik der Revanche und der Aggression den Sieg davontragen wird. Dafür bürgt uns das neue Kräfteverhältnis in der Welt, die unüberwindliche Stärke des sozialistischen Lagers und die wachsende Macht der Friedenskräfte in der Welt.

MARGINALIEN

Erschüttertes Selbstvertrauen

Daß unsere Epoche die Umwälzung vom Kapitalismus zum Sozialismus zum Inhalt hat, dafür bietet das Weltgeschehen so viel handfeste Tatsachen, daß wir uns nicht erst durch die „Zürcher Neue Zeitung“ überzeugen lassen müßten.

Aber wenn von so unerwarteter Seite der unaufhaltsame Vormarsch des Sozialismus und seiner anziehenden Ideen beschimpft wird, dann freuen wir uns zunächst, daß diese Beschimpfung gewissermaßen unfreiwillig ausstellt, daß wir von einem Horizont vom Umfang etwa eines Schweizer Käses aus gewonnen wurde und dazu von antikommunistischer Betrübnis leicht umfiel, ist verliert der Sache besonders Reiz.

Es geht um den Austausch von Studenten zwischen Schweiz und Sowjetunion („Neue Zürcher Zeitung“ vom 18. Mai 1961). Und der Schreiber — unterzeichnet als G. P. G. — enthält folgendes Erkenntnis: „Für die freie Welt ist ein Austausch von Studenten immer zwecklos, meistens aber auch schädlich.“ Die Schweizer Studenten in der Sowjetunion betreffend hält G. P. G. die Erwartung für „naiv“, daß diese an den dortigen Universitäten als Propagatoren die Idee der Freiheit wirksam vertreten“ könnten und die sowjetischen Studenten in der Schweiz betreffend, erklärt der Nachfahre Wilhelm Tell: „Oder erwartet man, daß sie sich von unseren demokratischen Einrichtungen und sozialen Errungenschaften beeindrucken lassen? Lächerlich!“

Keine Beunruhigung. Herr G. P. G., wir laden ja schon. Und wo Sie recht haben, da haben Sie recht.

Dieser „sozialen Errungenschaften“ zweifellos selbst nicht ganz sicher, mit die „Neue Zürcher Zeitung“ um einen der Grundfesten der Schweiz-Alpen erschütternden Studentenaustausch als Die Zücher Zeitung sind auch zum Grund des Geheimnisses der weltweiten Erfolge des Sozialismus vorgetrieben. Nämlich: „In Sachen Werbung, Tarnung und Täuschung sind die Sowjets Meister.“ Durch die antikommunistische Brille gefärbt, werden die tiefen sozialen Umwälzungen in der Welt für die NZZ zu Werbefeldzügen, zur Sache der Reklamebranche wie für Coca-Cola oder Kaumuni. Von solcher Gedächtnis, auffassung läßt sich allerdings keine Attraktivität erwarten.

Aber G. P. G. und Co. halten sich für die Weltweisen. Die Engländer z. B. bekommen eins ausgewischt, weil sie — „naiv“ genug — sogar 140 (!) Studenten mit der Sowjetunion austauschen; ja, der belische Löwe bekommt einen arrogant-laschistischen Fußtritt direkt auf die Schwanzquaste: „Die Briten haben auch bei Hitler lange Zeit gebraucht, um deren wahren Sachverhalt zu erkennen.“ Dank der NZZ und Herrn G. P. G. sind die Schweizer schneller im Bilde — nämlich über die Meisterchaft ihrer reaktionären Presse in Sachen Werbung, Tarnung und Täuschung.“



Um die Lebensfragen der deutschen Nation ging es in den Gesprächen, die nach jedem Auftritt von „Rot der Spötter“ in Marburg zwischen Leipziger und Marburger Studenten geführt wurden.

Universitätszeitung, Nr. 26, 27, 6. 1961, S. 3